

## Offener Brief an

- den Regierenden Bürgermeister
- die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend, Familie
- den Landesjugendhilfeausschuss
- das Bezirksamt Reinickendorf
- die Vorsitzenden der politischen Parteien
- das Diakonische Werk – DWBO
- die Presse

Geschäftsführer: Helmut Wegner

Durchwahl: (030) 4 05 07-130

E-Mail: [helmut.wegner@elisabethstift-berlin.de](mailto:helmut.wegner@elisabethstift-berlin.de)

Berlin, am 09.05.2023

## **Fachkräftemangel Erzieher:innen – JETZT Weichen stellen!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist ein offener Brief des Elisabethstifts, erfahrener Träger von Jugendhilfe, Kita und Schule, an verantwortliche Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft.

Wir fordern Sie konkret auf, jetzt Weichen zu stellen und zu handeln, um einen Zusammenbruch des Jugendhilfesystems aufgrund des Fachkräftemangels in spätestens 7 – 10 Jahren zu vermeiden.

Wir stellen Ihnen hier 5 praxistaugliche Maßnahmen vor, die teilweise ohne Mehrkosten und schnell umsetzbar sind und erwarten sofortige politische Entscheidungen und konkrete Rückmeldungen!

Zusammengefasst geht es um Folgendes:

- **Fakt ist: bis 2030 fehlen in Berlin mehr als 10.000 Erzieher:innen. Sie können das ändern, in dem Sie die Ausbildungswege vereinfachen und den Beruf attraktiver gestalten!**
- **Wir fordern**
  - **die Zulassung zur Ausbildung mit MSA**
  - **den Ausbildungsschwerpunkt für Jugend- und Heimerziehung**
  - **einen vereinfachten Quereinstieg für Jugendhilfe, u.a. analog zum Kitabereich**
  - **den Einsatz und die Refinanzierung von Auszubildenden - zusätzlich zum Personalsoll**
  - **die Anhebung der Gehälter von Erzieher:innen auf Lehramtsniveau.**

Im Folgenden erläutern wir die einzelnen Punkte:

### **Die Fakten:**

- Lt. Medienberichten und Analyse der Bertelsmannstiftung fehlen bis 2030 mehr als 7.000 Erzieher:innen allein in Berliner Kitas; mit den zusätzlichen offenen Stellen in Schule, Hort und Jugendhilfe gehen wir von deutlich mehr als 10.000 fehlenden Fachkräften aus. Der kontinuierlich steigende Bedarf an Erzieher:innen ist dabei noch nicht mit einberechnet.

- Eine Ausbildung für Erzieher:innen dauert in Berlin in der Regel 3 Jahre.
- Das bedeutet: es müssen jährlich 3.000 Erzieher:innen MEHR als bisher ausgebildet werden, um diesen Bedarf zu decken.

### **Das gemeinsame Ziel:**

- (Junge) Menschen motivieren, als Erzieher:in zu arbeiten und sich dafür ausbilden zu lassen: d.h. den Beruf attraktiv zu gestalten und den Weg dorthin zu erleichtern!

### **Maßnahme 1: Die Zulassungsvoraussetzung für die Ausbildung senken (= keine Mehrkosten)**

- Wir fordern eine Zulassung mit einem einfachen MSA und zusätzlich bei der berufsbegleitenden Ausbildung die Volljährigkeit.
  - Warum? Für den Beruf sind die persönlichen Kompetenzen (Soft Skills) bedeutsamer als der Schulabschluss. Das betrifft z.B. Menschen mit MSA, die aber keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, z.B. weil sie Verschiedenes ausprobiert haben oder Menschen, die noch nicht 4 Jahre berufstätig waren. Das Interesse daran wird von der Jobagentur bestätigt.
  - Die Volljährigkeit - und damit uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit - ist eine wichtige Voraussetzung für die berufsbegleitende Anstellung.

### **Maßnahme 2: Schwerpunkt Heimerziehung in der Ausbildung verankern (= keine Mehrkosten)**

- Wir fordern, dass der Schwerpunkt Heimerziehung in der Ausbildung auch für freie Ausbildungsträger möglich wird.
  - Erstmals in diesem Jahr wird dieser Schwerpunkt in zwei staatlichen Fachschulen von insgesamt 53 Fachschulen (Stand Juni 2022) in Berlin als Profilklassen angeboten. Die Erfahrung zeigt: Jugend- und Heimerziehung kommt in der Breitband-Ausbildung im Gegensatz zum Arbeitsfeld Kita so gut wie gar nicht vor. Die staatlich anerkannten Erzieher:innen, die sich bei uns bewerben, sind für die Arbeit mit Jugendlichen oft schlecht ausgebildet und kaum vorbereitet.
  - Das Elisabethstift betreibt in Kooperation mit dem EJJ seit 2022 eine Fachschule und kann entsprechende Kompetenzen mit einbringen

### **Maßnahme 3: Quereinstieg bzw. Anerkennung als sozialpäd. Fachkraft vereinfachen (= keine Mehrkosten)**

- Wir fordern, die Praxis zum Quereinstieg in der Jugendhilfe an die Praxis im Kita-Bereich anzupassen: die Möglichkeit einer Anerkennung als sozialpädagogische Fachkraft nach 18 Monaten Arbeitspraxis.
  - 18 Monate bieten dem Arbeitgeber genügend Zeit, um die persönlichen und fachlichen Kompetenzen realistisch einschätzen zu können.
- Wir fordern, Kompetenzen von Eltern (Führung eines Familienhaushaltes von mind. 3 Jahren mit mind. 1 Kind und einem 6 wöchigen Praktikum in einer sozialen Einrichtung) für einen Quereinstieg anzuerkennen (analog zu Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz).
- Wir fordern, die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu vereinfachen, ggf. durch eine verkürzte Ausbildungszeit von höchstens 1-1,5 Jahren statt 3.
- Wir fordern mehr Offenheit und mehr Freiheit für Träger, Personal flexibler einsetzen zu können.
  - Wie oben beschrieben: Softskills sind oftmals bedeutsamer als der Abschluss. Träger wünschen sich Vertrauen in ihr Bewerbungsverfahren.
  - Im Berufsfeld des Erziehers gibt es häufig Tätigkeiten, die keine hochqualifizierte Ausbildung erfordern, z.B. bei der Wegbegleitung, bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, beim Spiel mit den Kindern. Hier wäre der Einsatz z.B. von Sozialassistent:innen sinnvoll und ausreichend.

- Wir finden es dringend erforderlich, seitens des Senats eine AG für ‚Einzelfalllösungen‘ einzurichten, die für ‚unkonventionelle‘ Anfragen und Anträge des Trägers auf Anerkennung als Fachkraft zuständig ist und lösungsorientiert mit dem Träger in den Austausch geht.
  - Das würde die bisherigen Ansprechpartner zeitlich entlasten.

#### **Maßnahme 4: finanzielle und personelle Entlastung der Träger bei Einsatz von Auszubildenden und Praktikant:innen**

- Wir fordern eine Vergütung für Praktikant:innen, als zusätzliche Motivation und Anreiz und zur Entlastung des Trägers.
  - Der Einsatz von Praktikant:innen entlastet das Team im päd. Alltag, bietet dem Träger die Möglichkeit, Personal zu akquirieren und den Praktikant:innen, das Arbeitsfeld kennen zu lernen – aber es ist auch eine Belastung, weil es eine qualifizierte Anleitung erfordert, die nicht refinanziert wird und die ‚neben‘ der pädagogischen Tätigkeit ausgeübt werden muss.
- Wir fordern, dass Auszubildende in berufsbegleitender Ausbildung zusätzlich zum Personalsoll über den Kostensatz finanziert werden.
  - Aktuell werden sie auf den Personalschlüssel angerechnet, d.h. sie werden über den Kostensatz refinanziert, aber das bedeutet: das Team hat bei der Stellenbesetzung die Wahl zwischen einer ausgebildeten Fachkraft und einem Auszubildenden, der zumindest zu Beginn nicht allein im Dienst sein darf, der Begleitung und Anleitung braucht und mit einer ausgebildeten Fachkraft nicht gleichzusetzen ist. Wenn Träger in die Ausbildung investieren, sollte das nicht zu Nachteilen führen.
  - In der Wirtschaft ist es üblich, dass die Kosten für Auszubildende über eine Preiserhöhung des Endproduktes ausgeglichen werden. Das ist in der Jugendhilfe analog nur über eine Kostensatzerhöhung möglich.
- Wir fordern außerdem, die Anzahl von Auszubildenden zu erhöhen.
  - Aktuell darf pro Wohngruppe nur 1 Auszubildender angestellt werden.
  - Sinnvoll wäre z.B. eine pauschale anteilige Refinanzierung der Ausbildungsplätze über den Kostensatz, gekoppelt an die Größe des Trägers (z.B. pro Gruppe 2 Auszubildende).
- Wir fordern eine Ausweitung der Anstellung von Auszubildenden auf Studierende in verwandten Berufen.
  - Aktuell darf ein Student der Sozialen Arbeit nur angestellt und auf den Personalschlüssel angerechnet werden, wenn er mindestens 19 und höchstens 28 h arbeitet. Werkstudenten können jedoch oftmals nur 10 h arbeiten. Hier geht uns motiviertes Personal verloren.
- Wir fordern eine Anleiter:innenpauschale.
  - Der Träger braucht eine Motivation und eine finanzielle Entlastung, um die zeit- und damit auch kostenintensive Anleitung von Praktikant:innen und Auszubildenden leisten zu können. Die zusätzliche Gewährung von ‚Stunden zur Anleitung‘ gehen in die richtige Richtung, können aber aufgrund des Fachkräftemangels erfahrungsgemäß nur schwer besetzt werden. Eine Pauschale bietet dem Träger flexiblere Möglichkeiten, die Anleitung umzusetzen.

#### **Maßnahme 5: Förderung der Attraktivität des Erzieher:innenberufsfeldes**

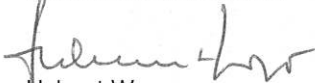
- Wir fordern eine verbesserte Bezahlung.
  - Die Gehaltsklasse von Erzieher:innen liegt 2 Stufen unter der von Grundschullehrer:innen. Aber diese haben keinen Schichtdienst, keine Wochenend-Dienste und längere zusammenhängende unterrichtsfreie Zeiten (Ferien). Warum wird die Förderung im Bereich Bildung so viel höher bewertet als die Förderung einer gesunden Entwicklung (und der Sozialkompetenzen)?

- Während der Coronapandemie wurde Erzieher:innen im Kitabereich applaudiert und eine Pauschale versprochen. Erzieher:innen im Jugendhilfebereich wurden nicht einmal erwähnt. Aber: anders als in einer Kita können Kinder im Jugendhilfebereich nicht nach Hause geschickt werden. Warum wird das nicht honoriert?
- Wir fordern finanzielle Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeiterbindung.
  - Träger investieren viel Zeit, Geld und Kreativität, um Personal zu werben und zu binden, z.B. durch teure Werbung, durch Präsenz in den sozialen Medien, durch attraktive Anreize, Präsenz auf Berlin-Tag und Messen, durch Unterstützung in den Ausbildungsklassen (Theorie trifft Praxis...).

Selbstverständlich sind auch wir als Träger bereit, (finanzielle) Verantwortung zu übernehmen. Wir bieten z.B. zahlreiche Inhouse-Fortbildungen an – wir engagieren uns in Kiezzrunden, in der AG 78, im Bezirk, um die Kooperation mit anderen Trägern und mit den öffentlichen Behörden zu bündeln und zu fokussieren. Wir investieren viel in Onboarding-Prozesse und Mitarbeiterbindung. Aber wir brauchen jetzt Ihre Hilfe, um auch in Zukunft Menschen zu finden, die sich mit viel Herz und Leidenschaft um unsere Kinder kümmern – in der Kitabetreuung, in Schule und Hort und vor allem auch im Jugendhilfebereich.

**Die Medienberichte über zunehmende Gewalt bei Grundschulkindern zeigen: das Jugendhilfesystem ist deutlich an seinen Grenzen. Deshalb brauchen wir JETZT mutige Entscheidungen und das klare politische Signal zur Veränderung von Ihnen!**

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Wegner